

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Werktag. Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkammer“, Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich RM. 2.40 (hin u. tritt noch das Bestellgeld; bei den Bezogen monatlich 85 Pfg. einschließlich Tragerlohn. Anzeigen: Grundpreis 25 Pfg., lokale 20 Pfg., Anzeigen von auswärtigen werden durch Vornahme erhoben. Druckort: Friedberg. Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Postfach 12. Fernsprecher 43. Postfach-Lohn Nr. 4350, Amt Friedberg a. M.

Der Bürgerkrieg in Russland.

Lebhafteste Feuertätigkeit auf der ganzen flandrischen Front. — 27 000 Tonnen versenkt.

Der deutsche Generalkab meldet:

W. G. G. Großes Hauptquartier, den 23. Januar. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kraft an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittage der Feuertätigkeit gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Geschütztätigkeit wieder auf.

Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene eingebracht.

Seeresgruppe Deutsche Kronprinz.

Nördlich von Souain und nördöstlich von Avocourt folgten nach harter Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Kämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterie-Abteilungen drangen südlich von Malancourt in die feindlichen Stellungen und lebten mit einer Anzahl Gefangener zurück. Zwischen Beaumont und Ornes nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

In beiden Seiten der Brenta Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalkommandierender: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 23. Jan. abends. (W.B. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalkab meldet:

Wien, 23. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Beiderseits der Brenta war die Artillerietätigkeit lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Chef des Generalstabes.

27 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 22. Jan. (W.B. Amtlich.) Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kühnlich mit besonders gutem Erfolge tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund 27 000 Breston-Registertonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Becker (Frankf.).

Alle Dampfer bis auf einen waren beschnitten und haben meist in stark gefährlichen Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich schnellste werden die englischen Dampfer „Capitain Transport“, „Steelville“, „Alanton“ und „Arab“, deren Besatzung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist. Mit ihnen 24 000 Tonnen Kohle verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer, der sehr starken Detonation nach zu urteilen, Munition geladen. Ein anderer, aufsteigend mit zwei tief beladenen Dampfern, wurde im Artilleriebeschuss zu verbleiben, auf die Klappen der Röhre der Generalkab gelegt und dort trotz Eingreifens einer Landbatterie versenkt. Die beiden Segler mit Namen „Gallepp“ und „San Antonio“, waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 22. Jan. (W.B.) Heute ein Tag verging, ohne daß Besetzungen aus Geleitzügen, auch aus stark beladenen, gemeldet werden. Man nimmt sogar wahr, daß aus ein und demselben Geleitzug mehrere herausgeschoben wurden, während früher meist nur ein Schiff des Tages dem Angriff zum Opfer fiel. Diese Steigerung unserer Erfolge zeigt, daß auch das Geleitzugsystem nicht das von unseren Feinden erachtete unbedingt unzerstörbare U-Boot-Kriegsmittel bietet. „Auch wenn wir kein einziges Schiff verloren haben“, schreibt das „Journal of Commerce“ in seiner Schiffsbaunummer vom 27. Dezember 1917, „bedeutet Geleitzüge eine Verengung von Schiffraum, denn es gibt sich ein zuweilen bis auf 20 und mehr Schiffe sich beladendes Handelsgeheuer an gemeinsamen Treppenturm versammelt und seine Kasse zurücklegt, vernichtet viele ungenutzte Zeit. Die Geschwindigkeit des langsamsten Schiffes ist maß-

gebend für den ganzen Zug. Im Hafen entstehen neue Verzögerungen durch Warten auf diejenigen Transporte, die mangels Entladeeinrichtungen nicht sofort gelöscht werden können.“ Der französische Vorgesandungsminister Boret schloßte im Senat am 18. Dezember die Verminderung der Transportmöglichkeiten durch die Geleitzüge auf 20 Prozent, und in den „Times“ vom 28. Dezember schreibt Allen, Vorsitzender der Rheinischen Post-Dampfschiffahrt-Gesellschaft, daß die Notwendigkeit, in Geleitzügen zu fahren, die auf eine Reise zu verwendende Zeitspanne verdoppelt.

Nicht über die See.

Amsterdam, 22. Jan. (W.B.) Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge meldet die „Daily Mail“ aus Sidney, daß die gegenwärtige australische Getreideernte im nächsten Jahre nicht über die Verbrauchsmenge werden könne. Von den beiden früheren Ernten seien noch große Mengen unverkauft. Die jetzige Ernte werde auf 120 Millionen Bushels geschätzt, wovon vierzig Millionen für den Verbrauch in Australien notwendig seien.

Lindenburg und Ludendorff in Berlin.

Berlin, 23. Jan. (W.B. Amtlich.) Zu militärischem Vortrag beim Kaiser sind General-Lindenburg von Hindenburg und General der Infanterie Ludendorff heute früh in Berlin eingetroffen.

Russland.

Stockholm, 22. Jan. Ein Entschluß der Volkskommissare wendet sich gegen die drohende Erhebung in der russischen Hauptstadt, wo die Bolschewiki gegenwärtig nicht über ausreichende Kräfte verfügen. Es wird angenommen, daß die Petersburger Regimenter den Bolschewiki nicht mehr blindlings ergeben sind, sondern sich bei einem neu ausbrechenden Bürgerkrieg neutral verhalten würden. Die Bolschewiki treffen Gegenmaßnahmen durch Heranziehung erprobter Matrosen und flussfähiger Truppen. Bedrohlich ist die Verschärfung der Lebensmittelfrage. „Pravda“ selbst bezeichnet die Lage der Volkskommissariate als kritisch.

Stockholm, 22. Jan. Der Rat der Volkskommissare vorläufiglich amtlich eine Erklärung über die Bildung einer sozialistischen Armee, die notwendig sei für die Aufrechterhaltung der sozialistischen politischen Ordnung, sowie um jeden Augenblick bereit zu sein, der Staatsregierung die vollständige Macht zu erhalten.

Berlin, 22. Jan. Unter der Überschrift „Künderungen“ erklärt der „Berliner Vorposten-Aussage“: In parlamentarischen Kreisen wurde gestern Abend die Lage in Russland als recht kritisch angesehen. Diese Einschätzung gründet sich auf die Meinung, daß die letzten Petersburger Nachrichten kaum noch einen Zweifel an der ersten Bedrohung des bolschewistischen Regiments lassen, daß seine Machthaber jedenfalls in diesen Tagen alles daran setzen müssen, um sich ihrer inneren Feinde zu erwehren und daß sie demnach vorübergehend keine Kräfte zur Verfügung haben, um Dinge, von so weitreichender Tragweite wie den Friedensschluß mit den Zentralmächten zu betreiben. Die Abreise Trotski nach Petersburg sei in dieser Beziehung ein deutscher Beweis gewesen. Aber abgesehen davon kann die Frage entstehen, ob weitere Verhandlungen mit Männern, die persönlich ebenso wie das Land in dessen Namen sie sprechen, von der durch sie entfehlenden Anarchie jeden Augenblick verschlungen werden können, gegenwärtige Möglichkeiten bieten. In parlamentarischen Kreisen hörte man deshalb auch die Meinung ausgesprochen, daß eine Rückwirkung der Petersburger Vorgänge auf die Verhandlungen in Brüssel-Ottawa immerhin in Rechnung zu stellen ist.

Die Bolschewiki bis jetzt siegerisch.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg, daß 87 Abgeordnete der aufgestellten gesetzgebenden Versammlung durch die Bolschewiki verhaftet wurden, weil sie in einer Kundgebung die Verdrößerung Petersburgs zum Bürgerkrieg aufgefordert hatten. Auch die im Marinestatenhaus erschienenen früheren Minister Tsingarew und Kotschikoff hatten durch Mittelleute ihren Namen unter diese Kundgebung setzen lassen. Die Bolschewiki sind bisher aus allen Zusammenkünften fluchtlos hervorgegangen. Ihre Macht erscheint gesteigert als früher. Der Rat der Volkskommissare versichert in einer Kundmachung, daß die gesetzgebende Versammlung aufgelöst werden mußte, wenn nicht die Friedensfrage gelöst werden sollte.

Eine Schlacht gegen die Ukrainer.

Petersburg, 22. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Agentur. Die von Charkow nach Poltawa abgeforderten Abteilungen der Sowjets lieferten eine Schlacht gegen Truppen der Rada von Kirow. Die Truppen der Rada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen der Sowjets.

In der vereinigten Sitzung der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte wurden die Vertreter des ausführenden Zentralausschusses von Charkow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.

Das betrogene Frankreich.

Berlin, 22. Jan. (W.B.) „Gaulois“ schreibt: Wir brauchen nicht erst zu fragen, mit welcher Entrüstung die unglaubliche Nachricht von der Kraftloserklärung der russischen Anleihe in der ganzen zivilisierten Welt aufgenommen werden wird. Aber bei uns wird sie den härtesten Eindruck erwecken. Frankreich hat ohne zu rechnen, sein Geld an Russland gegeben. Durch dieses Geld ist Russland vor dem Kriege vorwärts gekommen, hat sein ungeheures Eisenbahnnetz ausgebaut, seine Industrie ausgebaut, Industrien geschaffen und seine Wirtschaftslage und sein Alltagsleben verbessert. Und nun vollendet die Maximaleinflussregulierung mit dem Bierden des Berrats, und bedroht tausende von französischen Familien mit dem Ruin. Russland befindet sich in der schrecklichsten und schmerzhaftesten Krise, es ist aber nur eine Krise. Eines Tages werden der Patriotismus und die Ehrlichkeit die russischen Herzen wieder auflieben lassen und sich scheuernd von den Taten der Leute abwenden, die offenbar vom Zerfallungsprogramm besessen sind. Wäre es anders, dann würde das damals erhabene Reich Peters das Großen ewiger Schande einheimischen.

Die Northcliffe'sche Flotten-Presse.

Rotterdam, 22. Jan. (W.B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Oberst Reppington ist als militärischer Mitarbeiter von den „Times“ zur „Morning Post“ übergegangen, nach Interview mit Vertretern des „Star“ und der „Daily News“ aus Anzuchtlichkeit mit der Politik der „Times“. Er erklärte, die Marine sei während über die Art, wie Jellicoe entlassen worden sei, er wünsche über die Kriegslage die Wahrheit und verlange einen Mann, der wirklich führen kann. „Daily News“ vermuten, daß die letzte Ursache für Reppingtons Abgang die Vorbereitungen der Northcliffe'schen Blätter zum Sturz des Generalstabschefs Robertson und des Feldmarschalls Hals gewesen sind. „Daily News“ fahren fort: Land und Parlament müssen fragen, wie lange man fortfahren darf, solche Männer zu führen. Gleich zu Beginn des Krieges wurde der schändliche Feldzug gegen Galliene unternommen, der aus dem öffentlichen Leben hinausgedrängt wurde. Aber wer sah hinter Northcliffe? Hieraus wurden die Presseführer abgesehen, nur Kitzelner den Hals abzuschnellen. Wer sah hinter dieser widerigen Intrigue? Sodann ging es auf General Denev (Direktor des Artilleriegeschwaders beim englischen Kriegsamt), mit dem gemeinsamen Verleumdungen los und endlich gegen Health und Grey. Wir haben jetzt gesehen, wie der tüchtigste Flottenführer seines Postens entboden wurde. Er ist ebenso wie die anderen infolge des Kreuzzuges der Northcliffe'schen Flottenpresse gefallen. Aber von welcher Seite kam der Anstoß zu diesem Kreuzzug? Northcliffe hat vergiftete Pfeile abgeschossen. Aber wer gab sie ihm? Und wer verschaffte ihm die ebenso vergifteten Pfeile, die jetzt gegen Robertson verwendet werden?

Japan und Deutschland.

Berlin, 22. Jan. (W.B.) Die Stimmung in Japan bekräftigt deutlich die Rede des japanischen Generalkonsultanten Tanaka, die er am 20. Mai 1917 in Shanghai hielt. General Tanaka, der als die rechte Hand des japanischen Kriegsministers gilt, führt folgendes aus:

Für uns Japaner ist es nicht ausreichend, den Sozialismus der Deutschen nachzuahmen, wir müssen mehr tun. Wir müssen uns vollständig mit der Kräftigung der Gründe beschäftigen, die diesem Volke die Möglichkeit geben, so mächtig zu sein, daß es so glänzend diesen furchtbaren Krieg führt, und wir müssen alles mögliche tun, um Deutschland in seiner funktionellen Organisation, seiner Einigkeit und Vaterlandsliebe nachzuahmen. Möchten die japanischen Soldaten den deutschen Soldaten nachsehen und die japanischen Kulte den deutschen Kulte in ihrer ethischen Völkerverehrung und Vaterlandsliebe nachsehen, möchten sie diesen Kulturen in offener

folgen. Wir befinden uns gegenwärtig im Kriege mit den Mittelmächten, aber es wird der Tag des Friedens kommen und dann wird es die Pflicht des japanischen Volkes sein, die Hand wahrer Freundschaft den mächtigen Germanen entgegen zu strecken. Wie auch in Zukunft die Stellung Japans gegenüber Deutschland bestimmt werden wird, einen Boden für anti-deutsche Orientierung wird es in Japan nicht geben. Die deutschfreundliche Orientierung hat ihre Vertreter unter den angesehensten Staatsmännern.

Japan im Krieg.

In Japan heißen die Leute, die während des Krieges zahllose Schiffe geflohen und ihr eigenes Schicksal ins Todebene gebracht haben, „Karitän“, was etwa einer Lebensversicherung der von den Franzosen erfindenen „nouveau riche“ gleichkommt. Will man ein Beispiel für japanische Kriegsgewinnler? ... Die „Nippon Yusen Kaisha“, die bedeutendste der gut hundert japanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaften, die ihre glänzend ausgestatteten Schiffe u. a. zwischen Japan und der amerikanischen Westküste fahren läßt, verteilte dieses Jahr eine Dividende von nicht weniger als fast 20 Prozent! Das ist nur ein Beispiel. Bei einer großen Anzahl von Schiffahrtsgesellschaften, aber ebenso bei zahlreichen Industriebetrieben und Handelsunternehmungen sind die Dividenden und Gewinne riesengroß. Ueberdies ist er der bequemste und gemüthlichste Krieg, den Japan je erlebt hat. Das Reklamieren eines ansehnlichen Teiles des Volkes, ohne daß dieses Volk etwas von dem Genuß und dem Jammer des Krieges selbst zu spüren bekommt, scheint ganz besonders gefährliche Elemente von Kriegsgewinnlern geschaffen zu haben. Das japanische Parlamentsmitglied Kurokawa Kuroda, ein als sehr „gemüthlich“ geschilderter Staatsmann, erhob jüngst während keine Stimme, um sein Volk auf die großen Gefahren einer verhängnisvollen, alle durch Gesetz und Gütte gegangenen Dämme durchbrechenden Lebensweise aufmerksam zu machen. Eine mit besonderem Nachdruck vorzutragende Stelle seiner Rede lautete: „Die Annahmen und die Tölpel-Gedankenschwärmereien dieser Leute (der „neuen Reichen“) finden bei verständigen Leuten nur Mißbilligung und Verachtung; ohne Zweifel läßt die Weisheit und Weisheit auf die Gefühle und Sitten des Volkes einen sehr schädlichen Einfluß aus; denn es gibt Toren genug, die sich dadurch zu einer ebenso unvernünftigen Lebensführung verleiten lassen.“ Diese klaren Kriegsanforderungen sollten in jedem Lande des Erdballes Beachtung finden.

Die Lebensmittelnot in Italien.

Bern, 22. Jan. (WZ). Der Lebensmittelkommissar Crespi hat verfügt, daß vom 1. Februar ab Brotgetreide mit 20 bis 30 Prozent anderen Getreidearten vermischt werden muß. Ferner sollen ab 1. Februar bei Zubereitung von Pasta aus einem Doppelhundert Hartweizen 75 Kilo Suppenreis kommen. Diese Maßregel, die in den kommenden Monaten noch verschärft würde, liegt wegen der geringen Getreidevorräte auf den Weltmärkten notwendig geworden. Crespi hat außerdem eine Konzession für Mühlen eingeführt, um zu verhindern, daß Getreide, das der Regierung nicht angeteilt werden soll, gemahlen werden kann.

Enlische Ueberfälle nach Spanien.

Aus Basel wird der „Basler Zeitung“ gemeldet: Großes Aufsehen erregt in London der Fall des Spaniers de la Escalera, der im letzten Sommer aus einem Internierungslager in Reading entflohen und im Gebüde der spanischen Botschaft Zuflucht gefunden hatte. Seitdem sind zwischen der spanischen und der englischen Regierung Verhandlungen über den Fall geführt worden. In der vorigen Woche hat sich die spanische Regierung veranlaßt, den Rücktritt des englischen Botschafters wieder anzufordern, obwohl keinerlei Anklage gegen ihn vorlag und er schließlich „aus Botschaft“ verhaftet worden wurde. Man hatte ihn vor längerer Zeit von einem Schiff heruntergeholt und er soll auf dem Weg nach Deutschland gewesen sein. Dieser Fall ist sehr bemerkenswert da es der spanischen Regierung nicht gelungen ist, die Rechte eines spanischen Bürgers zu schützen.

Wie die „Vollherrlichkeit“ in England aussieht.

Das „St. Galler Tagblatt“ schreibt in seiner Abendausgabe vom 7. Januar: Wenn man die in England herrschenden Besitzverhältnisse näher ins Auge faßt, so wird man weniger an eine „Vollherrlichkeit“ als an die aristokratische Oligarchie des alten Sparta erinnert wo 9000 freie Bürger über 30 000 halbfreie Bauern und 200 000 Heloten (Sklaven) herrschten. Von den 55 Millionen Engländern besitzen nämlich nur 1 200 000 Land. Ein einziger Mann, der Herzog von Sutherland, besitzt 1498 Quadratkilometer, 12 Grundbesitzer haben zusammen 18 000 Quadratkilometer und 348 besitzen den 4. Teil alles ansehnlichen Landes, 2198 haben die Hälfte, 11 000 zusammen zwei Drittel. Die 11 000 bilden die freien Bürger des modernen Sparta, daneben gibt es 1 100 000 Halbfreie, von denen jeder weniger als 40 Hektar Eigenes besitzt, während 54 Millionen Heloten nicht besitzen. Die 348 Grundbesitzer, die zusammen den vierten Teil des englischen Grundbesitzes in der Hand haben, liegen als erbliche und lebenslängliche Gesetzgeber im „House of Lords“. Unter den 670 Mitgliedern des „House of Commons“ gehört die große Mehrheit mit den 11 000 Grundbesitzern, die zusammen zwei Drittel des Landes inne haben; wenigstens die Hälfte davon ist mit den Lords verwandt. So ist Winston Churchill der Bruder des Herzogs von Marlborough und des Grafen von Sutherland, und Robert Cecil ist der Bruder des Marquis von Cromwell und des Marquis von Salisbury. Selbstverständlich werden die Wähler, die auf den Gütern des Herzogs, Grafen oder Marquis wohnen, ihre Stimme nur einem Bruder oder Sohne geben, und so kommt es, daß seit Jahrhunderten die vornehmen Familien ihre Rechte sowohl im Oberhaus als Unterhaus vertreten. In England ist also der Adelstitel kein leerer Ehrenstitel, er repräsentiert Geld, Grundbesitz und politische Macht.

Ein Land aber, in dem nur die regieren, die Geld und Grund besitzen, ist eher eine Plutokratie als eine Demokratie.

Ernährungskundgebungen.

Bern, 21. Jan. (WZ). Die Lebensmittelknappheit rief in Manchester am 16. Januar eine bemerkenswerte Kundgebung hervor. Am Vormittag um 11 Uhr legten hundert Arbeiter und Arbeiterinnen der acht größten Munitionsfabriken im Openshaw-Gorton-Distrikt die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um nationale Zwangsrationierung mit gleichmäßiger Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen. Die Teilnehmenden betonten, daß die Kundgebung am 10. Januar ein klärndes Resultat war, als sie in völliger Ordnung und ohne Zwischenfälle verlief. Eine aus 16 Personen bestehende Abordnung trug dem Oberbürgermeister die Beschwerden der Arbeiter vor, die sich hauptsächlich gegen die ungleiche Verteilung des Fleisches richteten und den Argwohn betrafen, daß von Seiten der Spekulation eine künstliche Knappheit herbeigeführt werde. Ein Mitglied der Abordnung versicherte, die Arbeiter hätten nurmehr die Grenze dessen erreicht, was sie aushalten könnten. Sie vermochten nicht bei trockenem Brete täglich vierzehn Stunden zu arbeiten; sie würden vielleicht sich selbst, keinesfalls aber ihre Kinder auf dem Altar des Nahrungsmittelwandels opfern. Der Oberbürgermeister gab die Zusage, er werde seine Möglichkeiten tun, um Abhilfe zu schaffen, und sandte an Lord Ribblesdale einen telegraphischen Bericht über die Kundgebung.

Eine weitere, einem Generalstreik gleichkommende, hunderttausend Personen umfassende Veranstaltung gegen die ungleiche Lebensmittelverteilung von Manchester- und Salford-Bezirken ist für nächsten Samstag morgen beschlossen worden.

Indianerstücken bei den Schotten.

Schon oft sind Fälle bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß deutsche Kriegsgefangene vornehmlich von schottischen Truppen unheimlich behandelt wurden. Diese Beobachtung wird durch folgende von dem Australisch-amerikanischen M. unter seinem Elde wiedererlebte Schilderung bestätigt:

Der Infanterist M. von einem Reserve-Infanterie-Regiment war am 25. 9. 15 in englische Gefangenschaft geraten. Er wurde mit ungefähr 20 Mitgefangenen abtransportiert. Fünf Schotten von der schottischen Garde bildeten die Begleitmannschaft. Ohne jede Veranlassung gaben die Schotten aus nächster Nähe Schüsse auf die deutschen Kriegsgefangenen ab, von denen fünf sofort tot zusammenbrachen, mehrere andere schwer verwundet wurden. Als einige von diesen jammerten: „Meine arme Frau und meine Kinder“, ließen die Schotten ein Freudengeheul aus und schossen unentwegt auf die wehrlosen Deutschen weiter. Bei jedem Treffer schrien sie, laut lachend, wie wahnhaftig vor Freude herum. Bei kleiner Schießerei wurde der deutsche Unteroffizier B. in den Rücken getroffen und brach zusammen. Die Deutschen wollten ihren Unteroffizier aufheben, um ihn fortzutragen. Die Schotten rissen sie indes von dem Schwerverwundeten zurück und stießen ihn hilflos liegen. Man hat nie wieder etwas von ihm gehört. Von dem Gefangenentrupp wurde durch die schottischen Mordmänner die Hälfte der Mannschaften getötet. Unverwundet blieben nur drei.

Doch davor ist Befehlshaber von europäischen Truppen des englischen Kontingents verurteilt worden, nimmt nicht wunder; denn die weißen Engländer übertrafen darin längst ihre farbigen Lehrlinge. Hinterlist und Mordlust feiern bei ihnen wahre Orgien, von denen nur ein geringer Teil zu unserer Kenntnis gelangt. Für das unglückselig vergessene Blut solcher Opfer wird Deutschland Sühne fordern.

Das „große Unrecht“ von 1870.

Lord George behauptete und Chamberlain plapperte es nach, daß das große Unrecht von 1870 wieder gutgemacht werden müsse. Wer in den Ritzern der neuen Geschichte Bescheid weiß, wird sich daran erinnern, daß in den ersten Monaten des deutsch-französischen Krieges die englische Presse das Gegenteil von dem über die elbisch-lothringische Frage zum Ausdruck brachte, was die englischen Staatsmänner von heute darüber denken. Am 20. August 1870, nach den ersten deutschen Siegen um Welschburg, Wörth usw. schrieb die „Londoner Daily News“: „Wenn der Erfolg die preussischen Truppen bis ans Ende begleitet, so ist es nicht wahrscheinlich, daß Preußen Frieden schließen wird ohne eine Entschädigung für die Kosten des ihm auferlegenden Kampfes, ohne eine nicht nur moralische, sondern auch materielle Würdigung gegen einen ähnlichen Angriff ... Es fragt sich nicht mehr, ob die Deutschen das Elend nehmen oder vielmehr zurücknehmen werden, sondern ob sie es, nachdem sie es genommen haben, wieder herausgeben werden. Vor beinahe 200 Jahren hat es Ludwig XIV. gelöst. Verjährung mag den Diebstahl decken, aber er deckt nicht die Begehung der Wiedereroberung. Die Bevölkerung des Elsasses ist deutsch durch Abstammung, Sprache und Lebensweise. Die Elässer sind allerdings eifrig, wenn auch nur auswendig Franzosen, vielleicht aber mehr, um ihr inneres Bewußtsein, daß sie ganz und gar keine Franzosen sind, zu verdeutlichen als aus irgendeinem echten tiefen Gefühl. Von den Bewohnern der übrigen Provinzen werden sie kaum als Franzosen angesehen.“ Das gleiche Blatt schrieb am 5. September — nach der Kapitulation von Sedan: „Frankreich begann den Krieg mit der ausgesprochenen Absicht, zwei deutsche Provinzen als Siegespreis zu nehmen. Jetzt wo es unterliegt, kann es nicht mit Bitterkeit gegen die natürlichen Ergebnisse protestieren, und Deutschland darf mit Recht eine Grenzberichtigung fordern, die dazu beitragen würde, für die Folge neue Angriffe abzuwehren.“ Am 8. September 1870 las man ebenso: „Es ist wahrscheinlich, daß die so hohen Preise von Deutschland erzwungenen Beiträge unbenutzt bleiben sollten, daß nicht Deutschland ein unbegrenztes Recht erworben, sich für die Zukunft unbedingt gegen dergleichen Opfer zu sichern; und was die Bindung der Sicherheit anbetrifft, wer sonst hat da ein Recht zu urteilen als Deutschland?“ Am 7. September 1870 rief die

„Times“ den Franzosen nachdrücklich die „mächtigen“ deutschen Friedensbedingungen, nämlich Wiedereinnahme des Elsass und Deutsch-Lothringens mit Recht anzunehmen. Am 14. September 1870 schrieb die „Times“: „Bis die Franzosen bereit sind, einzugehen, so ist unrichtig gegen ihre Nachbarn getan, und gegen die Wiederholung dieser Vorurteile Sicherheit stellen wollen, können die gerechten Ansprüche der Deutschen nichts als befristet gelten.“ Unter den „gerechten Ansprüchen“ Deutschlands und unter den „Friedensbedingungen“, die mit der Gerechtigkeit vereinbar sind, verstand das heutige Katholische-Volk damals die Zahlung einer Kriegsschuld von 40 Millionen Pfund Sterling und die Restitutions-Erfassung von Frankreich: Elsass-Lothringen, mit seinen Deutsch-Lothringern aber mit anderen Worten: den Besitz von Reich und einem kleinen Streifen von Lothringen mit den Vogesen und dem Elsass, die niedrigen Bedingungen, welche die hiesigen Deutschen als Grundlage zu den Friedensbedingungen gelten lassen.“ Die „Saturday Review“ verlangte von der englischen Regierung, daß sie den Deutschen freie Hand lasse, „solche französischen Gebiete zu nehmen, wie sie eben erlangen können und wie ihre Rätegeber für die militärische Sicherheit zureichend halten“, und verwies den Vorschlag einer Volksabstimmung: „Wenn Deutschland sich entscheidet, das Elsass zu nehmen und wenn es dies bekommen kann, so ist es nach unserer Ansicht durchaus im Recht, wenn es die Absicht ankündigt, das Gebiet für die allgemeine Abstimmung über die Sache nicht auszuheben.“

Wenn Lord George jetzt behauptet, daß England bereits vor 47 Jahren die gleiche Stellung zur elbisch-lothringischen Frage eingenommen hat wie heute, so stimmt das also nicht ganz. Richtig indessen, daß Englands Interesse für die deutschen Entschädigungsansprüche im November 1870 merklich erstarrte, als Bismarck es ablehnte, sich in der Frage der Bezüge über das Schwarze Meer gegen Rußland beugen zu lassen. England unterstützte daraufhin die französische Republik insoweit mit Waffen- und Kriegsmaterial und schickte sie durch in den Stand, den Krieg noch um einige Monate zu verlängern. Somit war Englands Eintreten für Deutschlands Forderung lediglich ein Ausfluß der Eitelkeit, bei ihm stets wiederkehrende Absicht, andere Völker für sich kämpfen zu lassen, und insofern hat Lord George nicht ganz unrecht, wenn er sagt, daß England während des Krieges 1870-71 in der elbisch-lothringischen Frage genau die gleichen Grundrätze vertreten habe, für die es auch heute kämpft. Damals sollte Deutschland Frankreich, das für England ein schwerer wirtschaftlicher Konkurrent war, schwächen. In diesem Krieg wieder hat England Frankreich gegen Deutschland zu gleichen Zwecken beizugehen wollen und man kann gewiß kein, daß es nicht seiner ursprünglichen Absicht entspricht, selbst in dem Umfange in den Krieg einzutreten, wie es sich schließlich gezwungen sah.

Hoffnungen . . .

Der marxistische Botschafter in London, Maxim Litvinoff wird, wie sich der Berner „Bund“ von seinem Londoner Korrespondenten berichten läßt, von der britischen Regierung ausgenommen werden. Der Artikel schließt:

„Der britische Premier wünscht Rußland möglichst in der Gesellschaft zu behalten. Noch mehr! Er hofft vermittels der russischen Demokratie Führung zu erhalten mit der deutschen Demokratie. Und hierin dürfte sich die Hoffnung des neuen russischen Botschafters am Hofe von St. James erfüllen, der es für möglich hält, daß die russischen und deutschen Demokratien vereint gegen Berlin marschieren werden.“

Die Deutschen und die Tschechen.

Wien, 21. Jan. (WZ). Meldung des k. u. k. Kerr-Bureau. Die deutsch-tschechische Vereinigung beschloß, in Abgeordnetensache eine Erklärung abzugeben, in der gegen die Bestrebungen der Tschechen entschieden Stellung genommen und die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit allen Eigenschaften und Rechten sowie Einrichtungen eines Kronlandes im Rahmen des Kaiserthums Österreich ohne irgendwelche Abhängigkeit von dem tschechischen Teile Böhmens gefordert wird. Die Deutsch-Böhmen werden den Landtag des Königreichs Böhmen niemals anerkennen und keinesfalls dulden. Sie verlangen für die Provinz Deutsch-Böhmen eine eigene Landesvertretung auf Grund auf dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Wahlrecht und die Abgrenzung und Vereinigung der deutschen Gebiete Böhmens und für dieses Gebiet alle einem Kronlande zukommenden Zentralstellen, Anstalten und Einrichtungen, ferner die Zurückziehung aller tschechischen Staatsbeamten und Wiener aus Deutsch-Böhmen sowie die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache in Amt und Schulen dafelbst.

Protest gegen sozialdemokratische Verewaltigung.

Wien, 21. Jan. Der Vorstand der Wiener Christlich-sozialen Partei beschloß einstimmig eine Kundgebung, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Verhandlungen in Bruch-Platz zu einem baldigen dauernden Verständigungs-frieden mit Rußland führen mögen. Die Christlich-soziale Partei ist von der aufstehenden Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und beglückt das Vertrauen, daß der Außenminister alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche tun wird, um zum Frieden zu gelangen. Die Christlich-soziale Partei hält es aber für schädlich, wenn in dem jetzigen Augenblick, wo Gefühlsheftigkeit der Monarchie allein unsere Vertreter zu kraftvollem Auftreten befähigen kann durch politische Auslandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die Christlich-soziale Partei wendet sich gegen die Annäherung dieser Bewegung zu einseitig parteipolitischen Zwecken und protestiert heftig gegen die terroristischen Vorgehensweisen der Reichthümer der Wiener Bevölkerung.

Auch ein Bild!

Die „Deutsche Jtg.“ beschäftigt sich mit dem Rücktritt Balentinis und schreibt dazu:

Solange Admiral von Müller noch dem Marinekabinett vorsteht und Treibhörn von Reichsamt Oberhof- und Hausmarschall ist, darf man nicht glauben, daß der Einfluß jenes ungeliebten Systems ganz gebrochen ist. Von Herrn von Müller weiß die Welt, was Geistes Kind er ist — es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß eine Persönlichkeit seiner Veranlagung nicht die Charaktereigenschaften aufweist, die ein hoher Berater der obersten Stelle besitzen muß. Die Haltung der Freiherrn von Reichsamt ist unüberbittelt; hier — in Frankfurt — weiß man, daß dieser Sohn unserer Stadt eine feste Stütze des Weltmann-Kurses war und blieb hat er doch aus seiner Herkunft als Sohn einer Adelsfamilie eine besondere Vorliebe für die „Frankfurter Zeitung“ in sein Bewusstsein mitgenommen, die ihn dazu veranlaßt hat, dies schändliche Blatt geradezu zu verbreiten. Auch ein Bild: der Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers und Königs als Werber für das monarchiefeindliche, republikanische Verfassungsblatt.

Ein Paar edle Brüder.

Berlin, 23. Jan. Wie am Dienstag früh der „Vorwärts“ so ist am Mittwoch früh das „Berl. Tageblatt“ auf drei Tage verboten worden.

Haus aus der Schweinewelt, rein in die Schweinewelt.

Dem jüngsten Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins entnehmen wir folgendes:

„Die Zentrale für die Beschaffung der Heeresverpflegung teilt jetzt mit, daß sie doch noch von dem Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes ermächtigt ist, Schweineweltverträge abzuschließen und daß ihr das Futter zur Verfügung gestellt wird. Meistverträge dürfen nur abgeschlossen werden mit solchen Mältern, welche die unbedingte Gewähr bieten, daß eine Verpfütterung von Nahrungs- und Futtermitteln entgegen den bestehenden Bestimmungen nicht stattfindet. Als Mäster kommen in Frage in erster Linie Mältereien und Mältereien, in zweiter größere Landwirtschaftsbetriebe und nur in Ausnahmefällen kleinere Betriebe. Landwirte müssen den Nachweis erbringen, daß sie ihre Kartoffelverpfütterungsverpflichtungen gegenüber dem Kommunalverbande erfüllt haben, sowie daß sie als Grundbesitzer Rüben verwenden. Sie haben sich zu verpflichten, daß sie als Futterkartoffeln nur die dafür geeigneten Klassen, also zurzeit nur die sogenannten kleinen und kleinen Kartoffeln verwenden. Diese Verpfütterung soll im allgemeinen Walfisch ein bis zwei Pfund als Gefährdungsverbesserung für das Grundfutter nicht übersteigen. Wenn die Landwirte ihre Kartoffelverpfütterungsverpflichtungen noch nicht erfüllt haben, genügt der Walfisch eines Verpfütterungsvertrages über die gesamte noch nicht gelieferte Menge mit dem Kommunalverbande. Für jedes mit unzulässigen Futter gemischte Schwein hat der Mäster eine Vertragsstrafe von 300 Mark zu zahlen, außerdem werden ihm die für die Heeresverpfütterung bestimmten Schweine ohne Anspruch auf ein Haltegeld sofort abgenommen.“

Wenn die Zeiten nicht so ernst sein würden, müßte man sich über unsere Kriegsmästerinnen wirklich amüsieren. Erst vor kurzem lasen wir, daß die Heeresverwaltung alle vorhandenen Schweine und Ferkel aufkaufen läßt, damit unser Edelmenschenbestand beherrscht wird. Von landwirtschaftlicher Seite ist vor dem Rosenmorden der Schweine dringend genug gewarnt worden über die verhängnisvollen Folgen haben auf die große Gefahr hinweisen, die die Schweinehaltung für die menschliche Ernährung birgt. Also müßten sämtliche Schweine und Ferkel geschlachtet werden.

Der Vorsitzende des Vereins der Viehhändler Berlins und Umgebung hat in seiner letzten Generalversammlung mitgeteilt, daß sich unter den für die Heeresverwaltung gelieferten Ferkeln jeder Tiere von 1 (eins) Pfund Lebensgewicht befinden haben. Walfisch soll nun so viel Futter für die Schweinehaltung vorhanden sein, daß die Mäster zufriedener werden. Schweineweltverträge abzuschließen. Nach den letzten Erfahrungen mit den Schweineweltverträgen wird man es den Mältern nicht verbieten, wenn sie jetzt nicht mit solcher Vorliebe an die Mäster herantreten, wie sie es vor einigen Jahren getan haben, als man noch Verständnis für die landwirtschaftliche Produktion hatte. Das Futter, welches jetzt der Heeresverwaltung zur Verfügung steht, muß doch schon seit einigen Monaten irgendwo vorhanden gewesen sein, oder sollte es mit dem Futter ebenso sein wie mit dem Weiz, das seinerzeit erst dann verabfolgt wurde, als es bereits dem Verderben anheimgegeben war? Warum hat man nicht in den Monaten November und Dezember, als man lebensfähig überleben konnte, daß Futter für Schweine vorhanden ist, mit dem Schlachten von Ferkeln und Ferkelschweinen gewartet und das Schlachtabfall aufgehoben. Wo sollen jetzt die zur Schweinewelt erforderlichen Futterfleisch herkommen, nachdem Befehle nicht mehr da sind? Oder will man ernstlich glauben, daß ein jetzt geborenes Ferkel in drei Monaten zu einem fetten Schwein heranwächst, besonders, wenn für das Grundfutter als Gefährdungsverbesserung täglich ein bis zwei Pfund besonders schmackhaft zubereitetes Kriegsfutter verabfolgt werden?

Die Landfrauen zu den Ernährungsfragen.

Die Verhandlungen der Landfrauentagung über die Ernährungsfragen wurden heute fortgesetzt. Der Leiter der Reichsfeststelle, Rittergutsbesitzer Major Seidler, hielt einen Vortrag über die Mästerung der Landfrauen bei der Steigerung der Milch- und Futterverfütterung. Was den augenblicklichen Zustand betrifft, so stellte er fest, daß die Erzeugung von Milch und Futter durchgänglich besser geworden ist, die allgemeine Versorgung dagegen infolge des er-

höhten Erzeugungsdruckes ein sehr ungünstiges Bild bietet. Gegenüber den heutigen Angriffen, die auch auf Frauenkreisen gekommen sind, verteidigte Major Seidler ganz entschieden das Zwangssystem der Reichsfeststelle. Einen anderen Weg als den des Zwanges gibt es einfach nicht. Wenn man sich die Bedarfszahlen beispielsweise von Berlin oder vom Rheinland, Westfalen oder vom Königreich Sachsen vor Augen hält, so sieht man ohne weiteres ein, daß derartige Mengen unter den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich anders zu beschaffen sind, als durch eine Zentrale und auf dem Weg des Zwanges. Gätten wir das Zwangswirtschaftssystem nicht gelöst, so hätten wir auf dem Gebiet der Futterverfütterung längst eine Katastrophe erlebt, die von unauferholbaren Folgen gewesen wäre. Die Landfrauen müssen zu kräftiger Mitarbeit, die für unsere Ernährung so ungeheuer wichtig ist, gewonnen werden. In erster Linie müssen die Landfrauen alles daran setzen, daß die Erzeugung unter keinen Umständen zurückgeht, so außerordentlich groß ist die Schwerkraft, die jetzt auf sie lastet, sondern es müssen alle Kräfte aufgewendet werden, um die Erzeugung noch zu steigern. Dann gilt es, den Schleichhandel mit allen Mitteln zu bekämpfen. Leider nehme er in einer Weise zu, daß er zu einer der ernstesten Gefahren für unser Durchhalten wird. Ferner ist es nötig, daß die Landfrauen die künftige Forderung von Lebensmittelpreisen an ihre Soldatenhöfe einschränken. Diese Sendungen haben einen solchen Umfang angenommen, daß es an der Zeit ist, doch etwas auf Einschränkung zu dringen.

Der heilige Etag.

Darmstadt, 23. Jan. (WZ.) In der zweiten Kammer führte heute Finanzminister Dr. Becker über den Stand des Haushaltsjahres für 1918 aus: Der Haushaltsplan ist, trotzdem er mit einem Selbstbetrag absieht, günstiger als für 1917. Die Ausgaben haben sich hauptsächlich durch die Kriegsteilnahme erhöht, die 4.450.000 Mark betragen, erhöht. Ungünstiger ist der Ausblick auf das Gebiet der Eisenbahnen. Statt für die im Jahre 1917 vorgesehenen 18,6 Millionen Mark Kostenüberschüsse würde Hessen nur 15 Millionen Mark erhalten. Die Ausgabe für 1918 ist noch trüber. Die Einnahmen sind nicht zurückgegangen, sondern um 20 Prozent gestiegen. Die Ausgaben dagegen haben sich hauptsächlich durch die Teuerungszulagen um 90 Prozent gesteigert. Deshalb ist eine Steuererhöhung nach dem Kriege unvermeidlich. Zum Schluss wandte sich der Finanzminister gegen die Einführung direkter Reichsteuern.

Aus der Heimat.

Der Gedächtnisfeier der Wehrmacht in den letzten Tagen wieder in vielen Teilen Rheinlands besonders deutlich. In kurzen Unterbrechungen hörte man Hundstunde das langgezogene Donnerrollen, wobei man oft ganz deutlich die Schreie von den kühnen Kämpfern unterscheiden konnte. Man bringt dies dem in Verbindung, daß der Schall bei dem herrschenden Schneesturm besonders deutlich aus dem fernen Teil der Wehrmacht herübergeführt wurde. Auch im Februar 1918 war bekanntlich der Kanonendonner von Berlin deutlich bei uns wahrnehmbar.

Was ist Wasser? Die „Frankfurter Nachrichten“ kürzlich: Das Reichsamt Bädungen schickte für die Zeit bis zum 28. Februar d. J. neue Höchstpreise für Obst fest. Ein Zentner Preisapfel, jedes Stück ausgepackt, darf nicht mehr als 60 Mark, ein Zentner zweiter Sorte nicht mehr als 31,25 Mark und ein solcher dritter Sorte nicht mehr als 12,50 Mark kosten. Birnen in drei Sorten (Marken) in der Preisliste von 10 bis 43,75 Mark. Und in Frankfurt muß man für einen Zentner Preisapfel unbekannter Sorte 75 und mehr Mark bezahlen. Das bedeutet vom Erzeuger bis zum Verbraucher eine Preissteigerung von rund 600 Prozent!

Laubach. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei, welche nun gegen 130 Mitglieder zählt, veranstaltete am 20. Januar eine gut besuchte und eindrucksvolle patriotische Kundgebung. Der Vorsitzende, Oberamtsrat Dr. Zimmermann-Laubach, las seine eifrigen Bemühungen um Gründung dieser Gruppe reichlich belohnt. Der Besuch aus Laubach und besonders der Umgebung war gut. Der Vorsitzende legte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Deutschen Vaterlandspartei dar. Die anwesenden Herren, soweit sie noch nicht Mitglieder waren, traten bei. Der Vorstand, Oberamtsrat Dr. Zimmermann-Laubach, Bürgermeister Ritter und Herr Fritz Kappeler wurde als solcher begrüßt und ein Anschlag, in dem alle Orte mit Mitgliedern vertreten sind, ernannt. Herr Fritz Kappeler dankte dann in längerem, lebendigem Vortrag die Bedeutung des 18. Januar 1901, des 18. Juni 1815 und des 18. Januar 1871 und zeigte, wie erste Lehren und Warnungen die deutsche Geschichte mit diesen drei Meilen für die Gegenwart gibt. Er gestellte klar das Treiben Erbkaisers, Scheidemanns und der Vertreter des internationalen Kapitals, einer lächerlichen dreifachen Internationale, welche dem Deutschen Reich in den Rücken fällt. Er schilderte die politische Lage der Gegenwart und begründete die Eingaben an den Reichstag, den Großherzog und die beiden Kammern, daß sie helfen sollen, damit wir einen guten deutschen Frieden erlangen. Die Kundgebungen wurden einstimmig angenommen und abgeschlossen. Vaterländische Gesänge und Heds umarmten und schloffen die Vorträge, welche mit Beifall aufgenommen wurden.

Aus Rheinischen.

FC. Geisenheim, 22. Jan. Frau Witwe Hieber aus Wiesbaden hat, wie in der Stadtverordnetenversammlung bekannt gegeben wurde, der Stadt ein Grundstück zur Errichtung von Kriegerheimstätten zur Verfügung gestellt. Das etwa zwei Morgen große Grundstück soll den Geisenheimer Kriegern zugute kommen. Bis zum Ende der Heimstätten wird das Grundstück verpachtet.

Aus Kurhess.

Marburg, 22. Jan. Anstatt 150 Pfund Roggen hatte ein Landwirt aus Berghofen im Kreis Liebenlopf im Herbst a. J. nur 95 Pfund abgeliefert und dazu noch so schlechtes Zeug, daß es für den menschlichen Genuß nicht zu gebrauchen war. Der Gendarm, der den Sach offen ließ, fand außer dem schlechten gemahlenen Korn, das etwa ein Viertel des Inhalts aus Weizen und Schmutz bestand. Hierfür wurde der Landwirt in eine Gefängnisstrafe von acht Tagen genommen. Seine Berufung wurde vom Landgericht ebenfalls verworfen. Der Beschuldigte bezeichnete die Strafe als viel zu gering.

FC. Gelnhausen, 22. Jan. Der Wälderbesitzer der Burgmühle sah sich infolge des Holzmangels veranlaßt, seine Baumstämme vom Lagerplatz heimzuholen. Unter einem dieser Stämme fand er ein Bad entzerrter Beifässer, die aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Einbruch auf dem Hofwege herührten.

FC. Was Kurhessen, 22. Jan. Die landwirtschaftlichen Winterkulturen zu Schneegewicht und Holzeinsparung sind im Winterhalbjahr 1917/18 ganz, und die in Marburg nur mit der Oberklasse erreicht. Sie werden von insgesamt 148 Schülern besucht.

Aus Hessen-Kassel.

FC. Wehlau, 22. Jan. Der Landtagsabgeordnete und Landwirt Berthold Krüger-Hoppenrode erklärte an die Landwirte des Kreises folgende Belohnung: Auf meine Bemühungen um die Erhaltung eines bestimmten Schweinebestandes für die Selbstversorgung ist vom Landesfiskus angemeldet worden, daß Ferkel, die bereits für die Haushaltung im nächsten Winter eingeliefert sind, von der Einlieferung ausgeschlossen sind. Ebenso bleiben Leberfische in Gewicht bis zu 25 Kilogramm, wenn sie für die Haushaltung eingeliefert sind und ausreichendes und zulässiges Futter vorhanden ist, von der Einlieferung ausgeschlossen. Diese Verfügung wird demnächst in den einzelnen Kreisen amtlich bekannt gemacht werden.

FC. Kassel, 22. Jan. Einstimmig wiedergewählt wurde der langjährige Stadtverordnetenvorsteher Reichenbach von den Stadtverordneten.

FC. Oberhessen, 22. Jan. Im hiesigen Güterbahnhof werden dem in Frankfurt am Main stationierten Zugführer Schauermann beide Beine abgefahren.

FC. Niederhessen, 22. Jan. Für das Rechnungsjahr 1917 soll, wie in der letzten hiesigen Gemeinderatsversammlung mitgeteilt wurde, von der hiesigen Stadt wiederum ein Zuschuß von 1500 Mark für die Armen-, Schul- und Volkshäuser angefordert werden.

FC. Limburg, 22. Jan. Zum Preise von 240 000 Mark ging die hier stehende „Obernische“, bisher im Besitz der Gelmühler Menges, in den Besitz des Ludwig Rosenhof von hier über.

FC. Dillenburg, 22. Jan. Der königliche Förster Heinz Forsthaus Dillenburg, erlegte im Staatswald der Oberförsterei Johannsburg einen Roten Ferkel. Es ist dies die 70. Wildschau, die dem Schützen vor die Fährte kam und erlegt wurde.

FC. Kassel, 22. Jan. Die Wiederherstellung des Sonntagsschulunterrichts auf den Rindern-Raststätten- und Raststätten-Zollhaus, ist nach einem Schreiben der Allgemeinen Deutschen Rheinisch-Westfälischen Eisenbahn-Gesellschaft nicht möglich. Ob die Durchführung sich am 1. Mai ermöglichen läßt, hängt ganz von den Verhältnissen ab, die heute noch nicht zu übersehen sind.

FC. Kassel, 22. Jan. Da trotz aller Ermahnungen, möglichst wenig zu reisen, Sonntags doch alle Züge immer überfüllt sind hat am vergangenen Sonntag die hiesige Station selbst eine Verkehrsbeschränkung eingeführt, indem sie zu dem 11 Uhr-Zug nach Frankfurt nur 50 Fahrgäste ausgab, so daß viele Sonntagsgäste, die nach Frankfurt wollten, zu Hause bleiben mußten.

Geschäftliches.

Wirtschaft.

Was dich Trübsal auch umplanen,
Es lo Andre deinen Schmerz.
Ganz gewiß wird er verrinnen
6690 da ist ein froher Herz —
Wie dich die Sorgen brechen,
Nimm den Sorgenbrecher auf.
—
Den Humor hat zu dir bringen.
Du im rechten Gleichgewicht!
Nette dich zum Gelbesinken.
Nah den Mäh, der frühling wußt.
Guter Wein, vom Fals getrunken,
Reist dich hoch, der hier abdrückt —
Branden Reist er aus dem Keller.
Nicht ins Glas der adäquater,
Nicht nicht verbrochener Teiler.
Einer andern Kapitel Scher! —
Tran verappt noch dumm und fetter.
Trübsal dich am Sprudel fett.
Ein s der Kranenhorst Wälder
Nette schon Sorgenfäden ab!

Deuts.

Man abonniert jederzeit auf die Weingartenblätter, auch wenn das Blattjahr schon begonnen hat. Jede Abonnenten und jedes Postamt nehmen Bestellungen an, ebenso wie auch der Verlag in München, Berufsstraße 5. Die seit Beginn des Blattjahres bereits erschienenen Nummern werden auf Wunsch nachgeliefert. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich nur 3,50 Mark (ohne Porto), die einzelnen Nummern kosten 35 Pf. (ohne Porto).

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Strickel, Friedberg; für den Anzeigen-Teil: R. Gerner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, H. G. Friedberg i. G.

Die Abgabe getragener Kleidung erleichtert den Erwerb eines Bezugsscheines.

